

Deutsch-Ungarisches Forum 26. Jahrestagung



Deutsch-Ungarisches Forum

Am 25. und 26. Oktober 2016 fand die 26. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums in der Andrassy Universität Budapest statt. Den über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, darunter hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Wirtschaft, Medien, Kultur, Politik und Zivilgesellschaft, bot die zweitägige Konferenz eine Plattform für den intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch in offener Atmosphäre. Das Forum wurde in Zusammenarbeit des Instituts für Europäische Politik (IEP) mit der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer (DUIHK) organisiert und befasste sich dieses Jahr mit den aktuellen Herausforderungen Europas. Im Vorfeld der Veranstaltung fand, ebenfalls in der Andrassy Universität, zum sechsten Mal das Junge Deutsch-Ungarische Forum, in diesem Jahr mit rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

Eröffnung des Deutsch-Ungarischen Forums 2016

Zur Begrüßung durch den Rektor der Andrassy Universität Budapest, Prof. Dr. András Masát, fanden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Spiegelsaal der Universität ein. In seiner Rede betonte er, dass die Andrassy Universität als deutschsprachige Universität in Ungarn der ideale Ort für den Gedankenaustausch sei und als langfristige Brücke zwischen den Staaten dienen könne. Es folgten die offiziellen Eröffnungsreden durch den Ko-Präsident des Deutsch-Ungarischen Forums Prof. Dr. Péter Balázs und im weiteren IEP-Direktor Prof. Dr. Mathias Jopp, der in Abwesenheit des zweiten Ko-Präsidenten, Elmar Brok, einen Begrüßungsbrief Broks verlas, Dr. István Hiller, Vizepräsident der Ungarischen Nationalversammlung, sowie Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags (siehe Foto).



Atmosphäre zu diskutieren, sei das bilaterale Forum auch dank seiner langjährigen Kontinuität eine sehr wichtige Plattform. Hier könnten auch strittige Themen zwischen den Ländern diskutiert werden, um Verständnis für die Positionen der anderen Seite zu entwickeln.

Schließlich folgte am ersten Tag des Deutsch-Ungarischen Forums ein Dinnerempfang auf Einladung der Deutschen Botschaft Budapest. Die Dinnerreden wurden vom ungarischen Botschafter in Berlin Dr. Péter Györkös und dem deutschen Botschafter in Ungarn Dr. Heinz-Peter Behr gehalten.

Podiumsdiskussion im Plenum I: Demographische Entwicklung, Migration und Arbeitsmarkt in Europa



Die erste Paneldiskussion des 26. Deutsch-Ungarischen Forums wurde von Dr. Szabolcs Fazakas, Mitglied des Europäischen Rechnungshofes in Luxemburg, geleitet. Die Diskutanten zum Thema Demographie, Migration und Arbeitsmarkt in Europa waren Prof. Dr. Miklós Maróth, Leiter des

Avicenna Forschungsinstituts für den Mittleren Osten und Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. Zsolt Spéder, Direktor des Ungarischen Forschungsinstituts für Demographie, Dr. Michael Lüders, Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, sowie Jana Schubert als Teilnehmerin des Jungen Deutsch-Ungarischen Forums.

Zunächst wurden von den ungarischen Wissenschaftlern demographische Entwicklungen der ungarischen und gesamteuropäischen Gesellschaft vorgetragen. So werde der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung bis 2050 auf nur noch 7% sinken, zeitgleich wachse die Bevölkerung in asiatischen und afrikanischen Staaten mit niedrigem Wirtschaftswohlstand, was in einem nicht endenden Bevölkerungsdruck auf Europa resultieren werde. Zudem sinke gerade in Ungarn und Deutschland der Anteil der Arbeitskräfte bei steigendem Durchschnittsalter.

Anschließend wurde diskutiert, ob Migration eine Lösung für das europäische Demographieproblem sein könne. Einerseits wurde vorgebracht, statt auf Einwanderung auf eine Steigerung von Gesundheits- und Bildungsstandards zu setzen: schon heute könnten die Menschen aufgrund der

verbesserten Lebensbedingungen länger arbeiten und somit den Effekt der Überalterung abschwächen. Andererseits könne man sich aber der Migration nicht völlig verschließen, sondern müsse gerade in einem Land mit hoher Jugendarbeitslosigkeit wie Ungarn die Zuwanderung auch als Chance begreifen.

Des Weiteren folgten kontroverse Standpunkte zur Flüchtlingskrise. Von einigen Panellisten wurde kritisiert, dass europäische Politiker zu sehr auf ihren eigenen Vorstellungen beharrten und sich zu wenig von Fakten und Zahlen beeindrucken ließen. Es gäbe Grenzen für eine funktionierende Integration, die unterschätzt würden, genauso wie der Umstand, dass sich viele der Flüchtlinge aus wirtschaftlichen Motiven fälschlicherweise als Syrer ausgäben. Von anderer Seite wurde dem widersprochen und relativiert, dass bei einer Gesamtbevölkerung von 500 Millionen Europäern eine Million Flüchtlinge zu verkraften seien und das Asylrecht ein Grundrecht in der Europäischen Union konstituiere. Zudem gäbe es heute in einer multipolaren Welt keine einfachen Methoden und Lösungen für komplexe Probleme. Andere Panellisten schlugen eine gemeinsame EU-Politik, in Form eines europäischen Einwanderungsgesetzes nach Vorbild Kanadas vor. Einigkeit herrschte in dem Punkt, dass sich Europa stärker mit den Fluchtursachen und insbesondere der sozialen Situation in den Herkunftsländern auseinandersetzen müsse.

Arbeitsgruppe I: Deutsch-Ungarisches Medienforum EU-Türkei-Beziehungen im Spiegel deutscher und ungarischer Medien

Das Deutsch-Ungarische Medienforum fand in diesem Jahr zum zweiten Mal statt und zog eine große Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an. Boris Kálnoky, Korrespondent bei der Welt, und András Stumpf, Autor bei der ungarischen Nachrichten-Website Mandiner, übernahmen die Moderation. Weiter diskutierten András Dési, ebenfalls Autor bei Mandiner, Sugárka Sielaff, Journalistin beim Norddeutschen Rundfunk, sowie Dr. Wolf-Ruthart Born, Staatssekretär a.D. und ehemaliger deutscher Botschafter in Ankara. In der Diskussion wurde zunächst die Darstellung der Türkei in deutschen und ungarischen Medien aufgegriffen. In Ungarn sei die Türkei-Berichterstattung durchaus positiv. Seit Viktor Orbán in einer Rede über „illiberale Demokratie“ die Türkei als Vorbild genannt habe, gäbe es viele Berichte über den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes. Einem Beitritt zur EU stünde Ungarn positiv gegenüber, auch weil die Türkei aufgrund der historischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten von der Bevölkerung nicht als muslimisch geprägtes Land und somit nicht als Bedrohung wahrgenommen würde.

Den deutschen Medien wurde eine große Schärfe in den Berichterstattungen über die Türkei, aber auch gegenüber anderen Staaten wie Griechenland und Polen, attestiert. Es herrsche ein moralisch-belehrender Ton, der wenig Rücksicht auf das Sentiment des Gegenübers nähme. Als ein Problem

wurde identifiziert, dass in deutschen Medien nur ein Bruchteil der Journalistinnen und Journalisten einen Migrationshintergrund hätte. Weiter wurde kritisiert, dass die Zahl der Korrespondenten sowohl in Ungarn als auch in Deutschland immer weiter abnähme und sich stattdessen auf Agenturmeldungen berufen würde. Zudem sähen sich die traditionellen Medien einem größeren Konkurrenzkampf ausgesetzt, der auch dazu führe, dass kürzere Formate und reißerische Überschriften zur Regel würden.

Weiter wurde gemeinsam mit dem Publikum diskutiert, ob man sich nur aus Beiträgen der ungarischen und deutschen Medien zu Entwicklungen im jeweils anderen Land und der Türkei korrekt informieren könne. Auf dem Podium herrschte die Meinung vor, dass dies nicht ausreiche, sondern nur mit großen eigenen Anstrengungen und Recherchen möglich sei. Neben den bereits erwähnten Punkten sei besonders die Fixierung auf einzelne Persönlichkeiten wie Orbán oder Erdoğan ein Problem. Ferner würde zu viel auf Meinung gesetzt, statt auf Analyse. Dabei sei es die Hauptaufgabe der Medien, die Leserinnen und Leser in die Lage zu versetzen, sich selbst ein Bild machen zu können.

Daran anschließend wurde die Frage nach der Unabhängigkeit der deutschen öffentlich-rechtlichen Medien gestellt. Insbesondere seit der Berichterstattung über die Silvesternacht in Köln herrschten Zweifel, ob nicht bis dahin ein zu positives Bild von Einwanderern gezeichnet wurde. Erklärend wurde dazu eingeworfen, dass erstens der deutsche Presskodex in diesem Fall vorgesehen hätte, die Herkunft der Tatverdächtigen nicht zu nennen und zweitens in deutschen Medien überwiegend Menschen mit demselben sozialen Hintergrund arbeiten würden und sich deren politische Ansichten naturgemäß ähnelten, ohne dass es dafür einer zentralen Vorgabe bedürfe. Abschließend wurde noch einmal zusammengefasst, dass die Reflexion der eigenen Positionen für eine ausgewogene Berichterstattung wichtig sei. Zudem sollten sich Journalisten mehr in die Frage hineinversetzen, warum jemand eine andere, abweichende Meinung hat.



Arbeitsgruppe II: Wirtschaft

Wettbewerbsfähigkeit Europas: Neue Wege und Konzepte – gemeinsame Potentiale

Dr. Imre Molnár, Generalsekretär der Dennis-Gabor-Gesellschaft, moderierte die Arbeitsgruppe II zum Thema „Wettbewerbsfähigkeit Europas: Neue Wege und Konzepte – gemeinsame Potentiale“. Auf dem Podium saßen Prof. Dr. László Csernai, Dozent an der Universität Bergen und



Wissenschaftler am Institute of Advanced Studies (iASK), Prof. Dr. Martina Eckardt, Leiterin des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft an der Andrásy Universität Budapest, sowie Robert Stüwe, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn, als Vertreter des Jungen Deutsch-Ungarischen Forums.

Im Fokus der Debatte stand die Stärkung der wissensbasierten Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Union, die mit der Lissabon-Strategie über gute Wettbewerbskonzepte verfüge, diese aber in einigen Bereichen besser anwenden müsse. Als elementare Ressourcen für Wettbewerbsfähigkeit wurden Kreativität und die Entwicklung innovativer Problemlösungskonzepte genannt, deren Nutzung verstärkt von staatlicher Seite gefördert werden solle. Die anschließende Forderung, für eine Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Bildung zu investieren, insbesondere um die Vermittlung von sachorientierten Problemlösungskompetenzen und kritischem Denken zu fördern, fand breite Unterstützung beim Publikum.

Einen weiteren Schwerpunkt der Debatte nahm die Nutzung nachhaltiger Energiekonzepte als Basis für eine steigende Wettbewerbsfähigkeit ein. So wurden zunächst die Herausforderungen nachhaltiger Energiegewinnung angeführt, die in der Versorgungssicherheit und -qualität bestünden. Die Tatsache, dass Deutschland im Bereich der nachhaltigen und erneuerbaren Energieversorgung eine Vorbildfunktion zukomme, dürfe allerdings nicht über weiterhin bestehende Probleme bezüglich der Speicherung erneuerbarer Energie bei übermäßiger Produktion oder die Abhängigkeit von Energiezukaufen bei Versorgungsengpässen hinwegtäuschen. Für das Gastgeberland Ungarn wurde zudem angemahnt, verstärkt Konzepte zur Gewinnung erneuerbarer Energie zu nutzen, denn die

Kapazitäten für Wasserkraftwerke entlang der Donau oder Windkraftanlagen seien bei weitem nicht ausgeschöpft.

Darüber hinaus wurde als zusätzlicher wichtiger Bestandteil zur Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit die Stärkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU, von deren positiven Effekten insbesondere die Bundesrepublik profitiert habe, genannt. Ferner wurde die notwendige Fähigkeit der nationalen Wirtschaftssysteme, internationale Arbeitnehmer zu integrieren, unterstrichen.

Schließlich kamen die spezifischen Bedürfnisse kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) zur Sprache, die bei der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen berücksichtigt werden müssten. So sehen sich viele KMU mit einem ausufernden Bürokratieaufwand konfrontiert. Als innovativ wurden so genannte Technologietransferzentren wie die Europäische Donauraumstrategie, von der Deutschland und Ungarn profitieren, gelobt. Als weitere Innovationskonzepte wurden der partnerschaftliche Austausch und das Mentoring für KMU, beispielsweise zwischen der Schweiz, Österreich, Deutschland und Italien, hervorgehoben.

Die anschließenden Plenumsbeiträge verdeutlichten, dass insbesondere das auf Wissenschaft und Forschung basierende Konzept zur Wettbewerbssteigerung auf Zustimmung stieß und von einigen Unternehmen in Ungarn bereits umgesetzt werde. Der Vorteil bei der Förderung der wissenschaftsbasierten Wettbewerbsfähigkeit liege bei der einhergehenden sehr guten Ausbildung der Arbeitnehmer, die den Unternehmen zugutekomme. Bezugnehmend auf diesen positiven Erfahrungsbericht aus dem Publikum forderte ein weiterer Plenarbeitrag, mit einem Teil der ausländischen Investitionen künftig die ungarische Wissenschaft und Forschung zu unterstützen. Als Investitionsfelder in der Forschung wurden dabei die Digitalisierung der Industrie und das autonome Fahren vorgeschlagen. Abschließend wurde aus dem Publikum der Wunsch zu mehr Innovationswille geäußert, der in Europa geringer ausfalle als in den USA.

Podiumsdiskussion im Plenum II: Quo vadis Europa?

Das Forum wurde mit der zweiten Paneldiskussion „Quo vadis Europa?“ fortgesetzt, die Prof. Dr. Mathias Jopp, Direktor des Instituts für Europäische Politik moderierte. Neben aktuellen politischen Entwicklungen und Herausforderungen innerhalb der Europäischen Union wurde auch über mögliche EU-Zukunftsszenarien debattiert. Dazu diskutierten Manuel Sarrazin, MdB und europapolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, Prof. Dr. András Inotai von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften in Budapest, Isabell Hoffmann, Projektmanagerin des Programms „Europas Zukunft“ von der Bertelsmann Stiftung in Brüssel, Prof. Dr. Ferenc Miszlivetz, Direktor des

Institute of Advanced Studies Kőszeg (iASK) und Réka Szentiványi, Teilnehmerin des Jungen Deutsch-Ungarischen Forums.

Die Diskutanten waren sich darin einig, dass in einer sich stark verändernden Welt europäische Integration, starke Gemeinschaftsinstitutionen und zwischenstaatliche Zusammenarbeit nicht nur für



einzelne Länder, sondern für die gesamte Union von entscheidender Bedeutung seien und im gemeinsamen Interesse der Mitgliedstaaten lägen. Die Nationalstaaten seien nicht mehr in der Lage, sich den aktuellen Herausforderungen hinreichend alleine zu stellen. Fragen des Wettbewerbs,

der Migration oder des Brexits seien nur in enger Zusammenarbeit zu lösen. Bei der Überwindung dieser Probleme wurde die Bedeutung der Kooperation zwischen Deutschland und Ungarn noch einmal unterstrichen. Dennoch äußerten sich einige Panellisten eher skeptisch zur Zukunft der EU und rechneten mit weiteren Fragmentierungen: Der Aufschwung des Rechtspopulismus in Frankreich wurde als Zeichen für die Gefahr eines möglichen Austritts Frankreichs aus der EU gewertet. Andere Panellisten zeigten sich davon überzeugt, dass der Brexit eine klare Warnung an Länder mit Austrittstendenzen gewesen sei.

Besonderes Augenmerk wurde auf die Einbindung jüngerer Generationen in die Schaffung einer europäischen Identität und in die Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft gelegt. Man müsse mehr Enthusiasmus bei der Bevölkerung wecken und den Menschen zeigen, dass die Veränderungen nicht nur Kosten und Probleme mit sich brächten, sondern auch Möglichkeiten böten. Weiter müsse man sich darum bemühen, nationale mit europäischen Interessen in Einklang zu bringen.

Im Anschluss wurde die Diskussion auf das Publikum ausgeweitet. Dabei wurden die Wirkung von Institutionen und ihre Funktionalität, die Systemschwächen innerhalb der EU, die sich beispielsweise in der Eurokrise spiegelten, sowie die zeitliche Kluft zwischen politischen und sozialen Strategien vorgebracht. Am Ende herrschte Einigkeit bei den Diskutanten, dass es für eine positive Entwicklung in Europa eines langfristigen, gemeinsamen Ansatzes bedürfe.

Abschlussansprachen

Die Schlussworte des Forums übernahmen Michael Stübgen, MdB, Vorsitzender der Deutsch-Ungarischen Parlamentariergruppe und europapolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Péter Balázs, Ko-Präsident des Deutsch-Ungarischen Forums und Vizepräsident des Ungarischen Rates der Europäischen Bewegung sowie Thomas Ossowski, Beauftragter für die Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der EU sowie für grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit. Sie alle hoben noch einmal die Bedeutung des Forums als wichtiges Instrument für die bilateralen Beziehungen sowie als zivilgesellschaftliche Plattform des offenen Austauschs hervor. Zudem wurde von den Rednern auf die Bedeutung einer objektiven und ausgewogenen Berichterstattung über das jeweils andere Land hingewiesen. Weiter wurden Fortschritte bei der gemeinsamen Bewältigung aktueller Probleme und Herausforderungen Europas attestiert. Als Beispiele hierfür nannten die Redner unter anderem die Unterzeichnung des EU-Türkei-Abkommens, die Schaffung des Forums für Afrika sowie die Einsetzung der europäischen Grenz- und Küstenwache. Die EU sei nicht nur ein Binnenmarkt, sondern eine Wertegemeinschaft, die eine starke Anziehungskraft nach außen habe und starke Zusammenarbeit und gegenseitige Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten benötige.